

Wissenschaft und Politik sprechen in dieser Zeit wie selbstverständlich vom Europäischen Sozialmodell. Diese Selbstverständlichkeit muss überraschen. Schließlich bemüht man sich bis heute, dieses Modell näher zu be-

der Umstände, die diese hervorbrachten, bildet einen Schwerpunkt der Arbeiten des Graduiertenkollegs an der Georg-August-Universität Göttingen »Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells«.

Prozess der europäischen Integration von einem wirtschaftsliberalen Projekt der fortschreitenden Marktliberalisierung getrieben, die Sozialpolitik nur da zuließ, wo sie die Marktfähigkeit – Freizügigkeit und gleiche Beschäftigungsfähigkeit aller EU-Bürger einschließlich der Bürgerinnen – förderte?

Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen – EU-Bürger, Frauen wie Männer sollten mobil sein, sich so ungehindert wie möglich im EU-Raum bewegen und dort Einsatz und Gewinnchance finden können. Aus diesem Grund wurde die europäische Integration zum wichtigsten Motor der Angleichung der Arbeitnehmerrechte, von der vor allem Wanderarbeitnehmer und beschäftigte Frauen profitierten. Sie sollten vergleichbare Erwerbschancen im EU-Arbeitsmarkt vorfinden. Zur Gleichheit der Chancen gehörte auch die in den sozialen Sicherungssystemen. Jede Ungleichbehandlung von Arbeitssuchenden und Beschäftigten wurde nun begründungsbedürftig. Die Politik der Marktliberalisierung und -öffnung erstreckte sich seit den 1990er Jahren auch auf die Familie. Das überrascht, da hier das Subsidiaritätsgebot betroffen ist. Solche Einmischungen müssen daher einen Marktbezug haben. Tatsächlich lässt sich die Rahmenrichtlinie der EU, die den Mitgliedstaaten Mindestregelungen zum Elternurlaub vorschreibt, noch als »marktöffnend« oder – wie es in der EU-Fachsprache heißt – als eine Maßnahme der »negativen« (marktliberalisierenden) Integration beschreiben, so ein Ergebnis meiner Arbeiten. Schließlich soll die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Beschäftigungsfähigkeit und die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern erhöhen. Die Empfehlungen der EU zur Kinderbetreuung sind ebenfalls marktbezogen: Die frühkindliche außerhäusliche Erziehung fördert das kindliche Humankapital, das die

Europäisierung als Amerikanisierung des Sozialen?

Vom alten zum neuen Europäischen Sozialmodell

Ilona Ostner

stimmen. Worin besteht das spezifisch Europäische? Und worin das Soziale, das Europäer von den Nichteuropäern unterscheiden soll? Diese Fragen zu beantworten, ist heute noch schwieriger geworden als Mitte der 1980er Jahre. Damals hatte der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, die Idee eines Europäischen Sozialmodells in die Debatte geworfen. Die politisch-normative Vision, die er damit popularisieren wollte, konnte noch an real existierenden Merkmalen der Wohlfahrtsstaaten der Europäischen Union (EU) anknüpfen und sich als Gegenentwurf zum US-amerikanischen Sozialmodell darstellen. Die Identifikation solcher Merkmale und die dichte Beschreibung

Wer heute vom Sozialen Europa spricht, hat bereits ein neues Modell im Visier, dessen Konturen sich andeuten. Inzwischen haben die Mitgliedstaaten gemeinsame sozialpolitische Ziele vereinbart und sich auf deren Erfüllung durch wechselseitiges Politiklernen verpflichtet. Damit zeichnet sich zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union auf der supranationalen Ebene ein kohärentes soziales Projekt ab. Der Weg zu dieser Zielerfüllung und die Ziele selbst, sind sie erst einmal verwirklicht, werden aber das Soziale Europa möglicherweise weniger »spezifisch europäisch« denn »amerikanisch« werden lassen. Europäisierung als Amerikanisierung des Sozialen? War nicht schon der





Arbeitswelt benötigt, zugleich ermöglicht sie Müttern, erwerbstätig zu sein.

Auf den ersten Blick war das Europäische Sozialmodell, als es zum ersten Mal ins Spiel gebracht wurde, nicht viel mehr als die normative Vision einer EU-Elite für das zusammenwachsende Europa: mit ihr sollten sich die EU-Europäer identifizieren. Auch wenn die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher mit dieser Vision eines sozialpolitisch regulierten europäischen Kapitalismus prompt die sozialistische Gefahr verband, die ihrer Meinung nach von der europä-

zum Europäischen Sozialmodell. Politiker und nicht-europäische Wissenschaftler verwendeten es bevorzugt als Kontrastfolie zum US-amerikanischen Sozialmodell. Sie erklärten die Ursachen von Beschäftigungswachstum und Arbeitslosigkeit, indem sie zwischen einem nordamerikanischen und einem europäischen Sozialleistungs-»Paket« unterschieden. Ersteres bestand aus niedrigen Löhnen, einem eher mageren System sozialer Sicherung sowie aus wenig regulierten Beschäftigungsverhältnissen, die Entlassungen und Einstellungen erleichterten und die Mobilität

hat daher bald mit der Schwierigkeit der vielen Abweichungen zu kämpfen. Das spiegelt sich auch in den Arbeiten des Kollegs. Nicht alle Mitgliedsländer der EU setzten gleichermaßen auf das, was lange Zeit als typisch europäisch gegolten hatte – auf Kooperation und Konsens oder auf eine Solidarität, die der Subsidiarität vorausging und den sozialen Ausgleich für beide, Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, zur Regel machte. Niedriglöhne, große Einkommensdisparitäten und Armut waren kein US-amerikanisches Phänomen, wie umgekehrt die USA durchaus Einkommen zugunsten von Schwächeren umverteilen. So ist die amerikanische Sozialversicherung für Rentner (noch) sehr viel solidarischer (umverteiler) als die deutsche. Problematisch am Konzept des Europäischen Sozialmodells erschien auch die geographische Beschränkung. Kanada, Australien oder Neuseeland sind schließlich Verwandte. Sie teilen das eine oder andere Element des Europäischen Sozialmodells. Dies gilt auch für Lateinamerika. Die jüngeren Industrieländer Ostasiens haben zentrale Elemente des europäischen, nicht – beziehungsweise nicht nur – des US-amerikanischen Sozialmodells übernommen.

Empirisch ließen sich allein innerhalb des Europas der EU-Staaten wenigstens vier Sozialmodelle unterscheiden. Mit der Osterweiterung dürften weitere Modelle hinzugekommen sein, was das Projekt eines integrierten Sozialen Europas, das über Mindeststandards hinausgeht, erschweren wird. Und jedes dieser Sozialmodelle war und ist spätestens seit Beginn der 1990er Jahre einem wachsenden Veränderungsdruck ausgesetzt. Die Rede vom Europäischen Sozialmodell zielte daher auf einen beweglichen Punkt, der im Dunkeln lag und anscheinend nur durch den Vergleich mit den USA oder als



ischen Integration ausging: Der Vision entsprach in Wirklichkeit keine kohärente supranationale Politik, die sich eines Tages in einem in sich geschlossenen Europäischen Sozialmodell – einem Europäischen Wohlfahrtskapitalismus – hätte kristallisieren können. Die supranationale Ebene der Europäischen Union verfügt bis heute, auch das belegen die Arbeiten des Kollegs deutlich, weder über die Kompetenzen noch über die Ressourcen, solch ein spezifisches Sozialmodell für die europäische Gesellschaft zu gestalten. Wenn überhaupt, dann konnte diese Vision auf nationale Überzeugungen und Praktiken sowie auf geteilte geschichtliche Erfahrungen verweisen und aufbauen.

Dennoch vervielfältigte sich die Zahl der Reden und Schriften

der Arbeitssuchenden erhöhten. Das zweite, das europäische »Paket« enthielt die jeweils kontrastierenden Elemente. Das nordamerikanische »package« zeichnete sich in seiner Wirkung durch Beschäftigungswachstum bei steigender Einkommensungleichheit und auch Armut aus, das europäische insbesondere durch eine hohe Langzeit-Arbeitslosigkeit und stagnierende Beschäftigung bei relativer Lohngleichheit in einem durch gewerkschaftliche Politik überregulierten Arbeitsmarkt.

Trotz solcher Anwendungen blieb das Konzept des Europäischen Sozialmodells von Anfang an diffus. Zu vielfältig waren die nationalen Gesellschaften Europas, zu unterschiedlich ihre Sozialmodelle. Jede nähere Bestimmung der Elemente des Europäischen Sozialmodells hatte und

normatives Konstrukt an Konturen gewann.

Zur Skepsis gegenüber der Rede vom spezifisch Europäischen Sozialmodell trug auch bei, dass Europa zwar die Wiege vieler sozialer Ideen war, die bald um die Welt gingen; dass sich aber im 20. Jahrhundert die Richtung des Ideenflusses – der »westward transatlantic flow of policy ideas« – umdrehte: die Ideen wanderten nun von West (USA) nach Ost (Europa). Typische Beispiele für die Übernahme »westlicher« (hier: US-amerikanischer) Ideen und in der Folge institutioneller Innovationen waren die Ausweitung der Bildungschancen und die Etablierung von Gesamtschulen, ferner Programme zur Durch-



setzung der Chancengleichheit, wie sie dann von der EU-europäischen Ebene mit zeitlicher Verzögerung – inzwischen aber konsequent – durch Richtlinien bestimmt und von den Mitgliedsländern umgesetzt werden. Noch durchschlagender dürfte der Ein-

fluss amerikanischer ökonomischer Ideen gewesen sein. Sie haben ihre Spuren nicht nur in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Sozialpolitik hinterlassen. Die USA haben schon seit längerem Sozialleistungen an Beschäftigungsbereit-

Sozialwissenschaftliches Graduiertenkolleg »Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells«

(red.) Im Jahr 1997 wurde das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) getragene sozialwissenschaftliche Graduiertenkolleg »Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells« an der Universität Göttingen eingerichtet. Das komparatistisch ausgerichtete Kolleg verknüpft die Fachrichtungen Sozialpolitik, Politikwissenschaften, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, Mittlere und Neuere Geschichte sowie Rechtswissenschaften. Zur Zeit arbeiten 26 Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen sowie vier assoziierte Forscherinnen und Forscher an ihren Promotions- und Habilitationsprojekten. Sie werden dabei von 13 Professoren der Universität unterstützt. Das Graduiertenkolleg »Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells« ist eines von nur zehn Kollegs, die bundesweit in den Sozialwissenschaften von der DFG gefördert

werden. Sprecherin des Kollegs ist die Professorin für Sozialpolitik, Dr. Ilona Ostner.

Den Ausgangspunkt von Forschung und Lehre des Kollegs bildet die Annahme eines historisch gewachsenen, bei aller Vielfalt aber näher zu kennzeichnenden Europäischen Sozialmodells. Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission von 1985 bis 1995, prägte Mitte der 1980er Jahre den Begriff des Europäischen Sozialmodells, um im schwierigen europäischen Integrationsprozess ein Konzept ins Spiel zu bringen, mit dem sich die EU-Europäer über alle Unterschiede hinweg identifizieren konnten. Wenn heute vom Europäischen Sozialmodell die Rede ist, wird damit ein neues Modell anvisiert: Im Mittelpunkt der Kollegarbeit steht deshalb vor allem die Frage, wie »altes« und »neues« Sozialmodell ineinander grei-

fen. Drei Leitfragen bestimmen dabei den interdisziplinären, historischen und ländervergleichenden Ansatz: 1. Wie kann das »alte« Europäische Sozialmodell in seinen Varianten in seiner Entstehung und Durchsetzung charakterisiert und erklärt werden? 2. Welche allgemeinen und länderspezifischen Herausforderungen an das »alte« Europäische Sozialmodell lassen sich beschreiben? 3. Welcher Umbau und welche Anpassungsprozesse der Institutionen des »alten« Europäischen Sozialmodells können beobachtet werden? Welche Ideen und Interessen tragen diesen Umbau? Und schließlich: Lassen sich Gewinner und Verlierer des Umbaus identifizieren? Damit konzentriert sich die Forschung des Kollegs auf Probleme des Wandels von Institutionen, dessen Bestimmungsfaktoren und Ergebnisse.

schaft gekoppelt: Nur wer erwerbstätig und dennoch erweisenmaßen bedürftig ist, erhält einen Zuschuss.

Trotz solcher Einwände und Relativierungen besaß die Rede vom spezifisch Europäischen Sozialmodell einen Wahrheitsgehalt und historischen Kern. Der Historiker Hartmut Kaelble identifizierte spezifische Gemeinsamkeiten der europäischen Zivilisation, die vorhandene Unterschiede mehr als wettmachten und die zusammengenommen für das Sozialmodell und unsere Ausgangsüberlegungen prägend wurden. Europäische Gemeinsamkeiten wären etwa die »europäische Familie«, gegründet auf dem eigenen, von der Herkunftsfamilie getrennten Haushalt, gegründet auch auf der Liebe zwischen den Ehegatten und der Eltern zu den Kindern. Beides förderte im Verlauf das Modell des männlichen Ernährers und der bestenfalls zu erwerbstätigen Ehefrau, das in der einen oder anderen Form für die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme Europas konstitutiv wurde. Da war ferner der industrieintensive Erwerb; er konnte in Europa gedeihen, weil die sozialen Schichten sich voneinander abgrenzen wollten und folglich Güter zur Distinktion nachfragten; diese Nachfrage wurde außerdem durch die erwähnte Familienform gefördert. Gegeneinander abgegrenzte soziale Milieus und korrespondierende Mentalitäten stellten ebenfalls Elemente des Europäischen dar; sie bildeten wichtige soziokulturelle Ressourcen der in Europa sich frühzeitig entwickelnden und ausweitenden Wohlfahrtsstaatlichkeit. Dazu kamen die besondere Form der Urbanisierung, deren Langsamkeit sowie das Übergewicht der mittelgroßen Städte, die die Integration und den Zusammenhalt durch Selbstorganisation und Selbstverwaltung förderte und die für die Großstädte typischen Entfrem-

dings- und Anomiephänomene verhinderte. Subsidiarität im Sinne von kollektiver Selbstorganisation und Selbstverwaltung wurden wiederum wichtige Merkmale des Europäischen Sozialmodells. Schließlich war da auch die Abneigung gegenüber dem Massenkonsum und seinen Erscheinungen; sie hing gewiss mit dem Bedürfnis nach Unterscheidung und der Nachfrage nach entsprechenden Distinktionsgütern zusammen. Auch aus diesem Grund lehnte man lange Zeit einen auf die Standardisierung von Produktion und Gütern ausgerichteten technischen Fortschritt, wie er der Massenproduktion zugrunde lag, ab. Wer – wie wir im Kolleg – von einem spezifisch europäischen Produktionsmodell spricht und dieses als Teil eines weit gefassten Sozialmodells begreift, findet in solchen Besonderheiten historische Ausgangspunkte.

Weitere Elemente des spezifisch Europäischen waren für das alte Europäische Sozialmodell grundlegend: die Furcht vor Aufständen und Revolutionen; die Praxis, das entstehende heterogene Gebilde durch soziale Wohltaten zu integrieren, was oft durch eine ausgebildete Bürokratie erleichtert wurde. So sollte die Bismarcksche Sozialgesetzgebung die fragmentierten Interessen im gerade gegründeten Kaiserreich integrieren helfen und damit die äußere Reichsgründung durch die »innere« vervollständigen. Auch der französische Solidarismus eines Leon Bourgeois wollte in politisch instabiler Zeit – man denke an den Aufstand der Kommune – integrieren, in dem er einen dritten Weg zwischen Liberalismus und Sozialismus beschritt. Immer ging es darum, mit dem Markt auch die Menschen sozial einzubetten. Die Kriege in Europa bildeten einen weiteren Katalysator für die Ausbildung eines Europäischen Sozialmodells. Sie zogen meist soziale Kompensationen für das Kriegsleid nach

sich. Die wirtschaftliche Verflechtung und der politische wie ökonomische Wettbewerb zwischen den politischen Einheiten in ein und derselben europäischen Zivilisation gab der Durchsetzung der Wohlfahrtsstaatlichkeit weiteren Schwung. Man sah in ihr einen Standortvorteil der Mitbewerber. Schließlich spitzte die Dominanz der Industrie und der Industriearbeiterschaft, die so nur in Europa existierte, den Klassenkonflikt zu, führte aber zugleich zu seiner Mäßigung, indem man Arbeitnehmern das Recht auf vergleichbare Interessenvertretung einräumte. Die folgende Aussöhnung der Lohnabhängigen mit der Gesellschaftsordnung entschärfte auch religiöse Spaltungen und förderte die Säkularisierung, was wiederum die Integration der Gesellschaft erhöhte.

Zusammengenommen erklären diese Gemeinsamkeiten bereits einen Großteil der Inklusions- und Integrationskraft des Europäischen Sozialmodells – allerdings auch viele Ursachen seiner Krise. Schließlich haben sich viele der historischen Voraussetzungen des Europäischen Sozialmodells aufgelöst. Andreas Aust, Sigrid Leitner und Stephan Lessenich, Mitarbeiter im Projekt zur Erforschung der Zukunft des Europäischen Sozialmodells, bezeichnen denn auch das alte Sozialmodell als eine historische Gesellschaftsformation, in der sich gesellschaftliche Vielfalt und sozialer Ausgleich systematisch verknüpften. Gerade die spezifische europäische Konfliktgeschichte führte endlich als Antwort auf die politischen und menschlichen Katastrophen von Krieg und Vernichtung zu Institutionen der Konfliktregulierung, Stabilisierung und Entspannung. Das Projekt der europäischen Integration kann geradezu als solch eine Institutionalisierung der Konfliktregulierung durch Förderung des Pluralismus bezeichnet werden: Nationale

Besonderheiten – Diversitäten – sollten nicht eingeebnet, sondern in einem geregelten wirtschaftlichen Wettbewerb durch Formen der Verhandlungsdemokratie und durch die Anerkennung des Vorrangs der nationalen Akteure in kulturellen Fragen zur Geltung kommen können. Dieser Pluralismus fand seine Grenze nur in Überzeugungen und Praktiken, die die übergreifenden Ziele der Integration gefährdeten. Auch die Institutionalisierung des sozialen Ausgleichs, das zweite Merkmal der Europäischen Gesellschaft, lässt sich historisch aus der Einbettung des ökonomischen Wettbewerbs im Land und zwischen den Ländern und bis heute als Inklusionsangebot an die Bürger und damit auch als eine Form der Konfliktregulierung begreifen. Beides zusammen – Vielfalt und sozialer Ausgleich – machte die Besonderheit der Europäischen Gesellschaft aus. Aust, Leitner und Lessenich haben diese Spezifik schematisch dargestellt.

Beide Merkmale der Europäischen Gesellschaft – Vielfalt und

Gegenleistung. Selbst Sozialhilfeempfänger und chronisch Kranke müssen nun zu jeder Leistung »zuzahlen«. Ein Nehmen ohne ein Geben darf es nicht mehr geben. Dabei hieße Solidarität in alteuropäischer Tradition, dass im Extremfall dem Nehmen keine

fortschreitenden europäischen Integration »amerikanischer«. Dies gilt insbesondere für den Politikprozess, die Formulierung von politischen Vorgaben und deren Durchsetzung. Europäisierung und Amerikanisierung von Form und Inhalt auch der Sozial-



Rückgabe entspräche. Das Pochen auf strikte Reziprozität verändert die Bedeutung der Solidarität. Auch der Universalismus löst sich auf und damit eine Wirklichkeit, in der alle Menschen als Bürger gleichermaßen auf irgendeine Weise in das soziale Sicherungssystem integriert waren und

politik scheinen Hand in Hand zu gehen. Jacques Delors, der als einer der ersten Mitte der 1980er Jahre die Vision eines Europäischen Sozialmodells ins Spiel gebracht hatte, rückte gegen Ende seiner Amtszeit von dieser Vision wieder ab: das Sozialmodell sollte nun nicht mehr spezifisch europäisch, sondern besonders nachhaltig sein.

Nachhaltig sollten vor allem die Bildungs-, die Beschäftigungs- und die Alterssicherungspolitik werden. Dafür wurden die EU-Mitgliederländer auf ein Verfahren – die Offene Methode der Koordinierung (OMK) – verpflichtet, das ihnen helfen sollte, gemeinsame Zielvorgaben besser zu erreichen. Die OMK ist eine weiche Strategie, weil ohne Sanktionen. Ob diese Methode dazu beiträgt, dass die EU-Länder sich annähern werden, sich also zu einem Sozialmodell fügen, oder – so die verbreitete Vermutung – ob sie hilft, dass sich nationale Eigenheiten durch die Art und Weise, wie die vereinbarten Ziele in jeweiligen Mitgliedsland erreicht werden, reproduzieren, ist noch offen und ein Gegenstand unserer Analysen. Gemeinsam und festgelegt ist allerdings das Ziel nach-

Strukturmerkmale der Europäischen Gesellschaft	
Institutionalisierung ...	
... der gesellschaftlichen Vielfalt durch	... des sozialen Ausgleichs durch
▶ Koordination	▶ Universalismus
▶ Korporatismus	▶ Marktregulierung
▶ Verhandlungsdemokratie	▶ Umverteilung
▶ Subsidiarität	▶ Solidarität

sozialer Ausgleich – werden seit den 1990er Jahren zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber neu gedacht. Nimmt man zur Beurteilung des Wandels das abgebildete Schema zu Hilfe, dann scheint sich – und das zeigen wiederum Arbeiten des Kollegs – zum einen national wie supranational das Gewicht immer stärker in Richtung auf Zentralisierung zu verschieben. Gleichzeitig wird die Logik des sozialen Ausgleichs verändert: keine Leistung ohne Vor- und

vergleichbare (meist hohe) Leistungen beziehen konnten. Die Leistungsgewährung wird in ganz EU-Europa punktueller, bedingter und zielgruppenspezifischer. Wer Sozialhilfe bezieht, der kommt – so im ansonsten großzügigen Schweden – nicht mehr in den Genuss vieler anderer Sozialleistungen, seien sie manchmal noch so notwendig. Ähnliches gilt schon für immer mehr Bezieher von Altersrenten.

EU-Europa wurde – wie oben bereits gesagt – im Prozess der

haltiger Beschäftigung und damit einhergehend der Investition in Beschäftigungsfähigkeit. Die anvisierte nachhaltige Alterssicherung setzt diese Beschäftigungsfähigkeit voraus und baut auf ihr auf. Gleiches gilt für bildungs- und forschungspolitische Ziele. Das spezifisch Europäische würde demnach zukünftig weniger im gemeinsamen Ziel – das ist inzwischen übereuropäisch und ursprünglich US-amerikanisch – sondern in dessen Umsetzung liegen. ◀

Literatur

Aust, Andreas, Sigrid Leitner und Stephan Lessenich: Konjunktur und Krise des Europäischen Sozialmodells, in: Politische Vierteljahresschrift 43 (2), 2002, 272-301.

Kaelble, Hartmut: Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft, in: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich 1997, 27-68.

Leitner, Sigrid, Ilona Ostner und Margit Schratzenstaller (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch 7 des Zentrums für Europa- und Nordamerikastudien. Herausgegeben von Sigrid Leitner, Ilona Ostner und Margit Schratzenstaller. Opladen: Leske + Budrich 2004.

Lessenich, Stephan und Ilona Ostner (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt a.M.: Campus 1998.

Ostner, I.: From Equal Pay to Equal Employability: Four Decades of European Gender Policies, in: Mariagrazia Rossilli (ed), Gender Policies in the European Union. Frankfurt/New York: Peter Lang 2000, 25-42.

Ostner, I.: Soziale Mindestsicherungen und Beschäftigungsförderung in Europa – Konvergenz der Ziele, Divergenz der Lösungen, in: Hilmar Schneider (Hg.) Europas Zukunft als Sozialstaat – Herausforderungen der Integration. Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. Band 4. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2000, 67-83.

Ostner, I.: Auf der Suche nach dem Europäischen Sozialmodell. In: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.), Sozialmodell Europa - Konturen eines Phänomens, Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 4/2000, Opladen 2000: Leske + Budrich, 23-37.

Ostner, I. und Jane Lewis: Gender and the Evolution of European Social Policy; in: Pierson, Paul und Stephan Leibfried (Hg.): European Social Policy. Between Fragmentation and Integration, Washington D.C.: The Brookings Institution, Washington D.C. 1995, 159-193.

Despite the fact that the European Social Model has been increasingly advocated since the late 1980s, few attempts have so far been made to define its nature and outline its origins. This is surprising, because the member states declared during the European Summit in Lisbon in 2000 that »the European Social Model, with its developed systems of social protection, must underpin the transformation of the knowledge society«. The 2002 Summit in Barcelona repeated this claim. Those who used the concept at the outset agreed that the European Social Model was peculiar, hence absent in other parts of the world, and that it never thrived in the

USA. Recent advocates of a European Social Model, however, envision objectives and procedures which no longer differ significantly from US style politics and policies. European integration has been first and foremost a project of market liberalisation and integration. The social dimension has traditionally served as a means to these ends. As Delors put it bluntly at the Conference on the Future of European Social Policy in 1994, »the economy should bring progress to society, not the other way around«. Europeanization has so far narrowed differences between the EU member states and the USA. It may further erode the »old« European Social Model.



Prof. Dr. Ilona Ostner, Jahrgang 1947, studierte Soziologie an der Universität München, an der sie 1974 promoviert wurde und bis 1983 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Sonderforschungsbereich 101 »Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung« war. Anschließend wechselte sie als Professorin für Soziologie und Frauenarbeit an die Fachhochschule Fulda. 1989 habilitierte sich Prof. Ostner an der Universität Hannover. Von 1990 bis 1994 war sie Professorin für Soziologie am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. In dieser Zeit forschte sie auch an den Universitäten Tampere (Finnland) und Manchester (Großbritannien) zu Fragen des wohlfahrtsstaatlichen Vergleichs. Seit 1994 ist Ilona Ostner Professorin für Sozialpolitik, insbesondere vergleichende, an der Georg-August-Universität Göttingen und seit 1997 Sprecherin des Graduiertenkollegs »Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells«.



sartorius



Sartorius College Die Adresse für zeitgemäßes Lernen und Veranstalten

Speziell für die professionelle Durchführung von Tagungen, Seminaren Et Workshops geplant und gebaut, bietet das Sartorius College auf rund 2.100 Quadratmetern Raum für Veranstaltungen mit bis zu 200 Teilnehmern.

Zeitgemäße, flexible Möblierung und Raumgestaltung, modernste Tagungstechnik und abwechslungsreiches Catering versprechen Meetings und Events auf höchstem Niveau, die wir gern nach Ihren Wünschen ausrichten.

Auf zwei Ebenen finden Sie:

- : 1 großvariablen Veranstaltungsraum (ca. 165 – 250 qm)
- : 5 Tagungsräume (15 – 75 qm)
- : 1 Konferenzraum (80 qm)
- : eine großzügige Foyerfläche, sowie Pausen- und Bistroszonen
- : Verfügungsbüro für Veranstalter oder Trainer

Alle Räume haben Tageslicht und sind mit modernster Tagungstechnik und flexiblem Mobiliar ausgestattet.

Übrigens: Wir bieten im Sartorius College jährlich rund 35 verschiedene Seminare u.a. aus den Themenbereichen Betriebswirtschaft, Recht, Marketing und Arbeitstechniken an.

Sprechen Sie uns an:

Sartorius College, Stefanie Thenner
Otto-Brenner-Straße, 37079 Göttingen

Tel. +49.551.308.1299

Fax +49.551.308.2090

www.sartorius-college.de